

16. Landtag von Baden-Württemberg, 145. Sitzung
Freitag, 05. März 2021, 10 Uhr

Rede

Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

zur

Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Corona-Pandemie am 03. März 2021

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Beschlüsse von Bund und Ländern sind ein starkes Signal der Zuversicht.

Der Weg aus dem Lockdown beginnt. Stück für Stück werden wir uns in den nächsten Monaten mehr Normalität erkämpfen. Wir hatten dem Virus inzwischen viel mehr entgegenzusetzen als noch im Herbst vergangenen Jahres. Wir können jetzt ganz anders agieren. Es sind maßvolle Schritte, die wir gehen. Wir gehen sie mit Bedacht. Sie führen uns hinaus aus der Pandemie und zurück ins Leben.

Ich will deutlich sagen: Das unterstützen wir. Daran arbeiten wir im Land als Koalition, und zwar mit ganzer Kraft und großer Geschlossenheit.

Ich will hinzufügen, Herr Kollege Rülke: Das, was von der MPK vorgelegt wurde, fußt auf wissenschaftlichen Erkenntnissen des Robert Koch-Instituts. Insoweit sieht man im Grunde genommen eine Orientierung daran; der Ministerpräsident nickt. Ich glaube, es ist wichtig, dass sich alle Länder im Konsens bewegen; ansonsten wäre das Chaos groß. Das geht in so einem Fall nicht.

Wir haben ein harten Winter hinter uns. Die Menschen sehnen sich nach Frühling und nach Freiheit. Diese Sehnsucht ist verständlich. Sie ist auch berechtigt, aber noch müssen wir vorsichtig bleiben. Zu Recht hat der Regierungschef gesagt: „Viele sind an der Belastungsgrenze, denn noch ist der Corona-Winter nicht vorbei.“

Kollege Rülke hat Kafka zitiert. Ich will Ihnen da Fontane entgegenhalten, der gesagt hat: Wohl zögert auch das alte Herz Und atmet noch nicht frei, Es bangt und sorgt: „Es ist erst März, Und März ist noch nicht Mai.“ Genau darum wird es gehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Genau in dieser Lage sind wir jetzt. Die Hoffnung ist da, aber auch die Sorge lässt uns noch nicht los, nämlich die Sorge mit Blick auf den Vormarsch der Mutationen, die Gefahr der beschriebenen dritten Welle, die hohen Inzidenzwerte in den Ländern um uns herum. In Tschechien beträgt der Inzidenzwert 750. An der bayrischen Grenze – in Tirschenreuth, in Weiden etc. – beträgt der Wert über 300. Das zeigt: Die Viren sind nicht müde. Deshalb müssen auch wir wachsam bleiben. Das kann und muss der Weg sein: Wachsamkeit und Perspektive. Denn wir alle wollen kein Strohfeuer, wie es zu Recht gesagt wurde. Das kann und muss der Weg sein.

Diesen Weg haben die Ministerpräsidenten am Mittwoch mit der Kanzlerin eingeschlagen. Sie haben damit erste Meilensteine, Öffnungsschritte und Spielräume definiert und damit eine Roadmap aus dem Lockdown gezeichnet. Das begrüßen wir mit Nachdruck. Wir stehen an der Seite der Landesregierung, wenn sie diese Roadmap im Land klug und umsichtig umsetzt.

Ich will betonen, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wir hatten auch Erfolge im Kampf gegen das Virus. Vieles macht uns Mut. Der Inzidenzwert in der Gruppe der besonders Gefährdeten, in der Gruppe der über 85-Jährigen, ist um 84% gesunken.

Wir kommen jetzt Gott sei Dank mit Blick auf das Impfen deutlicher voran. Die EU-Kommission rechnet mit knapp 500 Millionen Dosen im zweiten Quartal. Für Baden-Württemberg sind das – das wurde zu Recht angesprochen – 10 Millionen Dosen im

zweiten Quartal. Das ist dann endlich eine Perspektive. Wir hätten uns das noch schneller gewünscht, überhaupt keine Frage. Auch das muss man in diesen Zusammenhang sagen. Aber schon bald wird es die Herausforderung sein, diese großen Mengen – Sie nicken, Herr Gesundheitsminister – an den Mann und an die Frau zu bringen. Da wollen wir jetzt Tempo haben.

Deshalb ist es gut, dass die Hausärzte – das wurde vorgezogen – ab April herangezogen werden. Wir hatten auch Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der IHK. Auch die Betriebsärztinnen und Betriebsärzte werden eingesetzt. Das ist ein vernünftiger Weg, damit man den Impfstoff breit verteilen kann. Ich habe kürzlich mit Vertretern der IHK gesprochen. Das Impfen muss sozusagen in die Fläche. Tempo ist jetzt alles.

Auch der Impfstoff von AstraZeneca muss jetzt dringend breit genutzt werden. In Baden-Württemberg sind von 427 000 gelieferten AstraZeneca-Dosen Stand gestern oder vorgestern erst 86 000 Dosen verimpft gewesen. Das muss sich jetzt ändern. Die zehn Millionen Impfdosen müssen jetzt, sobald sie geliefert wurden, auch rasch in die Fläche kommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist auch gut, dass die STIKO ihre Empfehlungen auf den neuesten Stand gebracht hat. Keine Dose darf übrigbleiben. Ich finde, es wurde vorhin richtig gesagt: Schon die erste Impfung erlaubt einen umfassenden Schutz. Deshalb ist auch hier das angesprochene System zielführend.

Folgendes ist mir wichtig: In Deutschland und vor allem auch in Baden-Württemberg konnten wir zu jeder Zeit allen schwer Erkrankten die maximale medizinische Versorgung garantieren. Das ist eine Leistung, die uns weltweit auszeichnet. Das, was alle am meisten gefürchtet hatten, der Zusammenbruch des Gesundheitswesens, ist abgewendet worden. Dafür sind wir dankbar. Ich möchte heute an dieser Stelle auch einmal allen Ärztinnen und Ärzten, allen Pflegekräften, die an den Intensivbetten täglich Leben gerettet haben, herzlich danken.

Neben der Gesundheit, die wichtig ist und die uns immer vorrangig war und höchste Bedeutung hat, geht es immer auch um die Wirtschaft. Auch bei den Hilfszahlungen an die Unternehmen ist jetzt deutlich Tempo hineingekommen. Bei der Novemberhilfe sind in Baden-Württemberg, Herr Kollege Schwarz, erfreulicherweise nun 90 % der Anträge abgeschlossen, bei der Dezemberhilfe sind es 83 %. Wir haben Druck gemacht; das war

wichtig. Es war höchste Zeit. Das entspricht einem Auszahlungsvolumen von 1,1 Milliarden € in Baden-Württemberg in Relation zu 7 Milliarden € im Bund.

Insoweit – das will ich schon sagen –: Nach zugegebenermaßen ärgerlichen Verzögerungen – die übrigens auch auf das Konto von Bundesfinanzminister Scholz gegangen sind können wir Vollzug melden und sagen, und zwar gerade hier in Baden-Württemberg: Das Geld fließt. Wir helfen. Wir tun etwas für die Wirtschaft. Selbstverständlich müssen wir den Unternehmen auch weiterhin helfen. Wir brauchen einen Marshallplan für unsere Innenstädte, damit das Leben auch dort wieder zurückkehren kann. Aber mehr noch brauchen wir – und diese haben wir inzwischen – endlich Perspektiven, nämlich Perspektiven für den Einzelhandel, für die Gastronomie, für die Kultur, für den Sport. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt einen Systemwechsel eingeleitet haben.

Seien wir doch ehrlich: Unternehmer wollen Unternehmer sein und nicht Unterlasser. Sie wollen unternehmen, und sie wollen nicht alimentiert werden. Deshalb: Auch Terminshopping für stationäre Fachgeschäfte, Freitestmöglichkeiten für die Gastronomie, für Kinos und andere, all das muss jetzt in die Tat umgesetzt werden. Dies müssen die nächsten Schritte sein. Sie sind dringend ersehnt und gut vertretbar – übrigens auch bei Inzidenzen von über 50 –; denn sie bringen Freiheit und Infektionsschutz in eine neue Balance, und sie stärken nach Wochen der harten Vorgaben die Eigenverantwortung. Auch darum muss es nämlich immer gehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Der Kampf gegen die Pandemie steht jetzt an einem neuen Punkt, und er geht auch in eine neue Etappe. Die Beschlüsse vom Mittwoch leiten den nötigen Methodenwechsel ein. An die Stelle der Eindämmungsstrategie muss jetzt ein aktives, ein dynamisches Vorgehen treten – ich nenne es ein Vorgehen des Möglichmachens. Darauf müssen sich jetzt die Energien und auch die Ressourcen richten. Denn es gilt – darüber haben wir ebenfalls oft gesprochen –: Nicht die Öffnung ist begründungspflichtig, sondern die Beschränkung ist begründungspflichtig.

Der Lockdown war notwendig, um über den Winter zu kommen. Dazu stehen wir. Bei so hohen Infektionszahlen wie im Dezember mit einer Inzidenz von über 208 und auch noch im Januar war die Kontaktvermeidung dringend geboten und auch gerechtfertigt. Aber jetzt müssen wir nach vorne gehen.

Das können wir auch. Denn die strategischen Grundbedingungen für den Kampf gegen das Virus ändern sich gerade grundlegend. Die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, müssen wir jetzt schnell und aktiv nutzen.

Dazu gehören – erstens – die Gesundheitsämter. Sie haben Gott sei Dank nachgerüstet. Der Landkreistag hat vergangene Woche gemeldet, dass inzwischen alle Gesundheitsämter mit SORMAS online gegangen sind. Das ist wichtig! Davon erwarten wir uns bei der Kontaktnachverfolgung jetzt natürlich deutlich – deutlich! – mehr Schnelligkeit und mehr Leistung. Das ist eine ganz entscheidende Variable, die uns neue Freiheiten schafft. Wir brauchen außerdem – das wurde zu Recht angesprochen – mehr clevere digitale Lösungen, wie z. B. Check-in-Apps bei anstehenden Restaurantbesuchen. Ich meine, wir sollten jetzt lieber Leben und Existenzen und nicht nur Daten schützen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Darum muss es gehen, denn auch die Gastronomie erwartet Hilfe. Neben den Perspektiven für die Außengastronomie, sind auch Lösungen für die Außen- und Innengastronomie dringend notwendig. Wir stehen anderen Seite. Wir haben ihnen mit großen Stabilisierungsprogrammen geholfen.

Zweitens: Auch beim Testen können wir in ganz neue Dimensionen vorstoßen. Die neuen, einfachen, billigeren Tests erlauben jetzt endlich eine breite, auch massiv hocheskalierte Testkampagne: regelmäßig, anlasslos und auch kostenlos. Testen muss in Zukunft zum Alltag gehören wie das Zähneputzen und das Busticket im Grunde genommen zum Alltag dazugehören. „Testen, testen, testen!“ war immer unsere Forderung. Daran haben wir festgehalten. Wir sind froh und dankbar, dass auch die Landesregierung damit jetzt klar vorangeht. Wir haben in den Schulen begonnen. Wir bauen es weiter aus – übrigens auch zusammen mit den Kommunen – neben den anderen Testzentren. Dieser MPK-Beschluss macht damit auch das Testen zu einer zentralen Ermöglichungsbedingung für mehr Normalität. Das begrüßen wir sehr.

Drittens: Der weitere und künftige Weg, auch für Öffnungsentscheidungen, kann im Grunde genommen nicht mehr allein nur vom Inzidenzwert abhängen. Schließlich kommt es nicht nur darauf an, wie viele sich anstecken, sondern auch wer. Der Impffortschritt gerade bei den Hochrisikogruppen hat dem Virus – Gott sei Dank – inzwischen schon viel von seiner Gefährlichkeit genommen. Wir brauchen deshalb jetzt einen Kriterienmix und müssen mehr auf die Zahl der schweren Krankheitsverläufe, auf die Belegung der Intensiv-

betten, auf den Impffortschritt, den ich erwähnt habe, und auch auf regionale Unterschiede schauen.

Gerade die regionale Differenzierung ist wichtig. Ich halte sie auch für notwendig. Wir können den Schwarzwald-Baar-Kreis, der seit Wochen stabil unter einem Inzidenzwert von 35 liegt, nicht auf Dauer genauso behandeln wie Wunsiedel oder Tirschenreuth an der tschechischen Grenze, die einen Inzidenzwert aufweisen, der zehn Mal höher ist. Im Übrigen hat der Justizminister schon vor Tagen gesagt: Die Zahl 35 als neue 50 sei eher fragwürdig. Ich halte es für richtig, dass man davon jetzt abgekommen ist. Ich halte es auch für richtig, was die Landesregierung gestern Abend mit den Regierungsfractionen – vielen Dank dafür – abgesprochen hat, dass wir in die Entscheidung, was das Land macht, ob es eine regionale Lösung vorsieht oder das gesamte Land als Einheitsdurchschnitt sieht. Was hätten wir gesagt, wenn 40 Kreise unter dem Inzidenzwert von 50 gewesen wären und vier darüber und wir für alle gesagt hätten, wir nehmen immer noch für alle den Durchschnittswert von über 50? Aber auch die Wünsche – – Übrigens zeigen heute auch Umfragen in der Bevölkerung: Das war die richtige Entscheidung, Herr Ministerpräsident. Ich finde, Sie haben da klug und richtig gehandelt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch für die Schulen müssen und werden wir die nächsten Schritte anschließen. Jetzt gibt es schon Öffnungen für die Grundschulen und die fünften und sechsten Klassen. Heute veröffentlicht auch die Kultusministerin den Plan, wie es ab Ostern mit der siebten Klasse folgende weitergehen soll. Wir erleben auch: Der immer so lautstark geforderte Wechselunterricht hat auch seine Grenzen. Er ist auch keine Dauerlösung. Da, wo wir zur Präsenz zurückkehren können, müssen wir zur Präsenz zurückkehren. Ich will auch einmal die Bundesfamilienministerin zitieren.

Frau Giffey hat gesagt: *„Es kann nicht sein, dass Hunde früher in die Schule gehen als Kinder und Jugendliche. Dazu stehen wir ebenso.“*

Hier brauchen wir begleitende Tests. Gerade hier, wo auch der MPK-Beschluss jetzt einen wöchentlichen Schnelltest pro Schüler enthält, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg. Noch mehr Tests bringen auch mehr Sicherheit. Deshalb unterstützen wir die Regierung dabei, mit breiten Testungen mehr sicheren und auch beschützten Präsenzunterricht zu ermöglichen. Die eben von Ihnen dargestellten 250 Teststationen gehen genau in diese richtige Richtung.

Selbstverständlich wird es wie schon in der Vergangenheit mit den Lernbrücken gute Konzepte geben, um Versäumtes aufzuholen und vor allem Kinder besonders zu fördern. Für uns hat Bildung Vorfahrt. Das war immer unsere gemeinsame Überzeugung, und das gilt auch weiterhin ganz klar.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung und diese Koalition haben unser Land gut durch die Krise geführt. Wir haben höchste Zustimmungswerte seitens der Bürgerinnen und Bürger für die Arbeit und die Bilanz dieser Regierung in den vergangenen fünf Jahren. Wir haben gemeinsam wichtige Entscheidungen getroffen. Wir haben die Menschen geschützt und Existenzen gesichert. Wir haben jenseits von Parteiinteressen und Lagerdenken erfolgreich zusammengearbeitet und das Land in der Krise zusammengehalten. Vorhin wurde zu Recht angesprochen: In der Demokratie gilt es, in der Krise zusammenzustehen. Das haben wir getan. Diese Koalition hat sich gerade in der Stunde der Bewährung als sehr gutes Modell für Baden-Württemberg erwiesen, als ein Modell des Ausgleichs, der Verantwortung und auch des Vertrauens.

Wir haben der Wirtschaft mit Vollgas geholfen. Wir haben im letzten März an einem einzigen Tag einen Milliardenhaushalt gewuppt. Wir haben für die Kommunen, für die Familien, für die Vereine, für die Krankenhäuser, für den ÖPNV, für die Gastronomie und für den Tourismus enorm viel getan, damit sie die Krise überstehen.

In diesen Tagen haben wir auch mit dem Landkreistag den ÖPNV in diesem Land für das nächste halbe Jahr erneut gesichert. Da stehen beide Regierungsfractionen zusammen. Das haben wir auch mit dem Verkehrsminister und dem Landkreistagspräsidenten besprochen.

Wir haben 2,4 Milliarden € Soforthilfe für 250 000 Unternehmen ausgezahlt und haben 2,9 Milliarden € über unseren kommunalen Coronapakt – mit dem Bund zusammen 4,2 Milliarden € – zur Verfügung gestellt. Wir haben zusätzlich 330 Millionen € speziell für die Gastronomie und Hotellerie etatisiert, haben 47 Millionen € für Vereine und Ehrenamt, 300 Millionen € für den Mittelstand durch Invest BW bereitgestellt. Den ÖPNV-Rettungsschirm verlängern wir wie erwähnt. In unser Gesundheitswesen haben wir massiv investiert. Wir starten mit dem Programm „Zukunftsland Baden-Württemberg“ eine echte, eine kraftvolle Agenda der Erneuerung für dieses Land. Gut, dass jetzt auch der Härtefallfonds kommt. Ich sage das deshalb, weil wir beim Breibandausbau die Landesmittel gegenüber der Vorgängerkoalition verzehnfacht haben. Wir haben die größte

Sicherheitsoffensive der Landesgeschichte gefahren mit Tausenden Stellen für Polizisten, Richtern und Staatsanwälten. Wir haben die Kindergartenförderung in dieser Periode auf über 1 Milliarde € verdoppelt und die Bildungsausgabe im Vergleich zu 2016 um 20 % gesteigert. Wir haben den Artenschutz und den Klimaschutz weit vorangebracht, haben gute Lösungen gefunden.

Wir haben mit der Landarztquote, mit dem kommunalen Wohnungsbaufonds, mit dem Cyber Valley und vielem mehr echte, wirkliche Innovationen in diesem Land geschaffen. Wirtschaftskraft und Innovation, Bewahrung der Schöpfung und Zusammenhalt, das sind die Richtmarken unseres baden-württembergischen Erfolgswegs, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Darauf können alle stolz sein, die zusammen mit dieser Landesregierung daran mitgewirkt haben. Wir stellen sicher, dass unser Land nach dieser Krise noch stärker, noch innovativer, noch lebenswerter sein wird. In den letzten Monaten hat eine historische Vielzahl von Vorlagen das Kabinett passiert. Das ist eine starke Leistungsbilanz für die Menschen im Land und ein klarer Plan für die Zukunft.

Wir haben heute einen gemeinsamen Antrag vorgelegt. Ich bitte Sie alle, wenn Sie diese Vision erkennen: Stimmen Sie dem Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen zu; denn das ist ein kluger Weg, ein kluger Antrag. Zeigen Sie, dass Sie mit uns gemeinsam handeln wollen. Die Pandemie und ihre Folgen werden uns weiter vor große Aufgaben stellen.

Baden-Württemberg – das will ich sagen, weil es die letzte Sitzung vor der Landtagswahl ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen – braucht jetzt keine Experimente.

Baden-Württemberg braucht Verantwortung. Baden-Württemberg braucht eine starke Mitte. Und Baden-Württemberg wird – mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger – mit uns diese starke Mitte erneut darstellen können.

Herzlichen Dank.